

Keine Tarifverhandlungen mit Leiharbeitsfirmen und Personal-Service-Agenturen!!

Am 30. Januar wollen IGMetall, Ver.di, IGBCE und der DGB in Hannover **Tarifverhandlungen** mit den Leiharbeitsfirmen für die sog. **Personal-Service-Agenturen - PSA** – beginnen. Hier sollen Dumpinglöhne und andere Grundlagen für die Ausweitung der Leiharbeit vereinbart werden. Das bedeutet für alle KollegInnen, die sich jetzt noch in normalen tariflichen Verhältnissen befinden, eine schwere Gefahr für ihre Einkommen und ihre arbeitsrechtliche Stellung. Es betrifft keineswegs nur die Arbeitslosen. Dieser Schritt muß von allen energisch zurückgewiesen und verhindert werden!
Die Verhandlungen sind sofort einzustellen.

Stoppt die Dumpinglöhne!

Die Personal-Service-Agenturen (PSAs) sind der Kern des neuen Arbeitsmarkt-Konzepts nach Hartz.

Jedem der 181 Arbeitsämter (demnächst „Jobzentren“) soll eine PSA angegliedert werden, die von einer Leiharbeitsfirma in Zusammenarbeit mit der Behörde gemanagt wird. Die PSAs verleihen Arbeitslose befristet an Unternehmen, betreiben also staatlich organisierte Leiharbeit, die laut Hartz-Konzept bis zum Jahr 2005 von heute 350.000 auf 800.000 Leiharbeiter anwachsen soll. Die Unternehmensberatung MC Kinsey, Mitglied der Hartz-Kommission, rechnet bis zum Jahr 2010 mit vier Millionen Leiharbeitern! (Süddeutsche Ztg., 17.12.02)

Die Leiharbeit soll „aus der Schmutzdecke herausgeholt“ werden (*Clement*) und mehr und mehr den Arbeitsmarkt bestimmen. Richtiger hieße es: viele Kollegen sollen in die schmutzigen Leiharbeitsbedingungen hineinmanövriert werden!

Warum das Kapital und die Regierung dies so dringend wünschen, braucht man wohl kaum noch zu erläutern:

- Leiharbeiter verdienen meist wesentlich weniger (bis zu 30%) als die regulär Beschäftigten.

- Ihre Möglichkeiten, sich zusammenzuschließen und für Verbesserungen zu kämpfen, sind viel geringer als unter den bisherigen Bedingungen.

- Wenn Leiharbeiter erst in großer Zahl zur Verfügung stehen, werden auch die heutigen

normalen Arbeitsverhältnisse noch ganz anders unter Druck kommen als bisher.

Damit es mehr Leiharbeiter in den PSAs werden können, sind die „Tarifverträge“, über die jetzt verhandelt werden soll, notwendig. Es ist tatsächlich pervers nach den neuen Hartz-Gesetzen: *Ohne* Tarifverträge müssten Leiharbeiter grundsätzlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten, nach dem jetzt geltenden Recht. Damit wäre aber die Ausweitung der Leiharbeit blockiert. **Erst wenn die Gewerkschaften die Dumpinglöhne tariflich vereinbaren, werden diese auf breiter Front gesetzlich möglich.** Es ist die Rede von 20 - 30% niedrigeren Stundenlöhnen. Tarifverträge dienen hier nicht zur Lohnerhöhung, sondern zur Senkung. Welche Auswirkungen für die Löhne der großen Mehrheit es hat, wenn bald mehrere Hunderttausende weitere Leiharbeiter mit solchen Löhnen in die Betriebe kommen, ist wohl klar. Gewerkschaften, die solche Tarifverträge schließen, nehmen an dem Angriff des Kapitals auf die grundlegenden Rechte der Beschäftigten selbst teil. Das muß entsprechend beantwortet werden.

Die Gewerkschaftsführungen sollen zur Rechtfertigung behauptet haben, sie müßten jetzt bestimmte Sicherungen für die Leiharbeiter erreichen. Sicherungen? Niemand anderes als sie selbst haben den ganzen Generalangriff auf die Versprechungen sozialer Sicherheit, das Hartz-Gesetz, erst möglich gemacht! Einen solchen Angriff hat es in der ganzen Geschichte der Bundesrepublik noch

nicht gegeben. Die Mitglieder wurden weder informiert noch gefragt. Hinter ihrem Rücken haben Zwickel (IGMetall) und Bsirske (Ver.di) Beauftragte in die Hartz-Kommission entsandt und zusammen mit der Regierung sowie den Kapitalvertretern das Hartz-Konzept erarbeitet. In den Medien wurde es mit Märchen hochgelobt, es gehe um den Abbau der Arbeitslosigkeit. Das Ganze wäre aber nie durchgekommen, wenn die Gewerkschaftsführungen ihre Ablehnung erklärt hätten. Ungeachtet aller Kritik, die inzwischen längst bis in ihre eigenen Vorstände reicht, gehen sie nun die nächsten Schritte, um es in die Praxis umzusetzen. Das ganze Verfahren ist völlig illegal und schädigt massivst die Grundinteressen der Gewerkschaftsbewegung.

Aber es ist die praktische Umsetzung der Hartz-Gesetze, bei der jetzt die vielen KollegInnen, die bisher nicht einmal informiert wurden, ein deutliches Wort sprechen können. Es geht darum, die Umsetzung zu verhindern, und das ist möglich!

Was kann jetzt unmittelbar geschehen?

- Von den Gewerkschaftsführungen Rechenschaft darüber fordern, was sie hinter dem Rücken der Mitglieder vereinbart haben und immer weiter durchdrücken.
- Die Absage der Tarifverhandlungen über PSAs fordern
- Fordern, daß die Gewerkschaften jegliche Zusammenarbeit zur Umsetzung der Gesetze einstellen.
- Die Zustimmung zu Hartz muß für illegal erklärt werden.

Geht zu Euren Gewerkschaften, fordert sie auf, eine derartige unsoziale Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik einzustellen bzw. rückgängig zu machen; Für wessen Interessen sind Gewerkschaften da? Nicht für die Interessen der noch Beschäftigten und auch der arbeitslosen Mitglieder? Von ihnen werden sie bezahlt!

Adressen:
IG Metall Vorstandsverwaltung
Lyoner Str. 32 60528 Frankfurt am Main
Telefon: 069/6693-0 Telefax: 069/6693-2843

Impressum:

AG Soziale Grundrechte – Stoppt die Hartz-Pläne! c/o Soziokulturelles Zentrum Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44894 Bochum. V.i.S.d.P. Christoph Klein

IG Metall Bochum , Humboldtstr. 46 , 44787
Bochum Tel.: 0234 96446-0 , Fax: 0234 18553,
Email: Vst.bochum@igmetall.de

Ver.di Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf
Tel.: 0211-61824-0 Fax.: 0211-61824-466
E-Mail: lbz.nrw@verdi.de

Wir sind die „**Arbeitsgemeinschaft Soziale Grundrechte – Stoppt die Hartz-Pläne!**“, die sich Anfang Dezember 2002 in Bochum als offenes, regionales Bündnis gegründet hat, um im Ruhrgebiet breiten Widerstand gegen die soziale Demontage in unserem Land zu organisieren.

In diesem Bündnis haben sich bis jetzt mehr als 40 engagierte Menschen aus Betrieben, Gewerkschaften, Parteien, Verbänden und Initiativen zusammengeschlossen. Die Folgen und Auswirkungen der „**Hartz-Pläne**“ auf Arbeitslose und Beschäftigte stehen zunächst im Mittelpunkt unseres Widerstandes. Bundesweit gibt es weitere, größere Bündnisse dieser Art. Jede/r, der sieht, dass hier was falsch läuft und Interesse an diesen Themen hat, kann gerne mitmachen.

Nächste Termine:

Protestkundgebung 29.1. 10.30 in Essen, DGB-Haus, Schützenbahn 11-13

Protestaktion 30.1. 10.00 in Hannover gegen den dort beabsichtigten Beginn der Tarifverhandlungen. Vor der IGBCE-Hauptverwaltung, Königsworther Platz 6. Zu diesem Protest kommen Kollegen bundesweit!

Nächstes Treffen der AG Soziale Grundrechte:
Mo. 10.2. 19.30 Bochum, Alter Bahnhof
Langendreer, Wallbaumweg 108, Raum 6

Kontaktmöglichkeiten:

G. Nierstenhöfer Tel. 02325 – 79 34 00
Christoph Klein Tel. 0231 – 82 77 22
e-mail: bahnhofpol@aol.com